

# Viel ist geschehen, doch nicht genug

Die Situation behinderter Menschen im Dreiländereck war Thema beim Dreiländertreffen des Deutschen Frauenrings



Bei der Integration von Behinderten gibt es noch einiges zu tun. Der Frauenring beschäftigt sich gestern bei seinem Dreiländertreffen mit diesem Thema.

FOTO: THOMAS LOISL MINK

VON UNSEREM MITARBEITER  
THOMAS LOISL MINK

**LÖRRACH.** Die Anzahl behinderter Menschen nimmt zu, was nicht zuletzt dem Umstand geschuldet ist, dass die Menschen immer älter werden. Auch deshalb erfahren die Belange Behinderteter verstärkte Aufmerksamkeit. Dass sich in den letzten Jahren einiges verbessert hat, es aber gleichwohl noch eine Menge zu tun gibt, darin waren sich die Referenten beim Dreiländertreffen des Deutschen Frauenrings einig.

„Integration von Behinderten“ lautete das Thema des Dreiländertreffens, und dazu hatte der Frauenring Referenten aus Lörrach, Basel und dem Elsass eingeladen. Der Frauenring setzt sich für die Gleichbehandlung und Chancengleichheit von Frauen ein, und sein Selbstverständnis stimmt zu großen Teilen mit denen der Behindertenhilfe überein, wie Reiner Faller, Behindertenbeauftragter des Landkreises Lörrach, bemerkte. Er stellte die Hilfen des Kreises vor, etwa die Eingliederungshilfe.

23 Millionen Euro gibt der Kreis für Sozialhilfe im Jahr aus, die über die Kreisumlage finanziert wird. Sie ist für Menschen, die im Heim oder Internat untergebracht werden, einer Werkstatt oder Tagesstätte, und das nicht selbst bezahlen können. Zurzeit sind das 1100 Personen

im Landkreis. Rund 24 000 Menschen mit Behinderung leben im Landkreis, 16 870 davon sind Schwerbehinderte. Zwischen Dezember 2007 und Dezember 2009 ist die Zahl der Behinderten im Land um zwei Prozent gestiegen. Etwa die Hälfte ist älter als 65 Jahre, bei 91 Prozent wurde die Behinderung durch Krankheit verursacht, nur bei vier Prozent ist sie angeboren oder im ersten Lebensjahr aufgetreten. 15 500 Behinderte im Landkreis sind in der Lage, ihr Leben weitgehend selbst zu meistern. Doch sie sind darauf angewiesen, dass Städte und Gemeinden sich ihrer Belange annehmen und Barrierefreiheit schaffen. Doch das scheitert oft an den Kosten. Eine Umfrage des Kreises unter den Gemeinden erbrachte erst verspätet Ergebnisse, weil es keine Ansprechpartner in den Gemeinden gab. Inzwischen haben 33 der 35 Gemeinden im Kreis Ansprechpartner für Behindertenfragen. In Lörrach, Weil am Rhein, Rheinfelden, Schopfheim und Steinen gibt es außerdem Behindertenbeiräte, berichtete Reiner Faller.

Als erster und noch immer einziger Kanton in der Schweiz hat Basel-Stadt seit sieben Jahren einen Beauftragten für Gleichstellung und Integration von Menschen mit Behinderung. Martin Haug hat dieses Amt inne und berichtete von seiner Tätigkeit, zu der die Information der Öffentlichkeit gehört. Zweimal im Jahr

finden im Unternehmen Mitte Gespräche mit mehr als 200 Zuhörern zu Behindertenthemen statt, in Kleinbasel gibt es einen Rundgang mit Stolpersteinen, und in der Kaserne findet seit fünf Jahren das Festival „Wildwuchs“ statt. Die Integration von behinderten Kindern in der Regelschule ist in Basel weit fortgeschritten, 199 behinderte Kinder besuchen die Regelschule. „Behinderte Kinder erleben sich in der integrierten Klasse eher als ganzer Mensch“, stellte Haug fest. Als nächstes sollen Trottoirkanten abgesenkt und das Einstiegsniveau von 314 Tram-Haltestellen erhöht werden.

In Frankreich gibt es seit 2005 ein Gleichstellungsgesetz, doch zur Umsetzung fehlt oft das Geld, berichtete Xavier Elbel, Behindertenaktivist. Sechs Prozent der Arbeitsplätze sind Frankreich für Behinderte vorgeschrieben. In Deutschland sind es fünf Prozent in Betrieben mit mehr als 16 Mitarbeitern. Wer weniger Behinderte beschäftigt, muss eine Ausgleichsabgabe zahlen.

Auch in Basel bemüht man sich, Behinderte im ersten Arbeitsmarkt unterzubringen, doch nicht alle haben Verständnis dafür. Sätze wie: „Wir suchen die Besten und Gesundesten, nicht die Blinden und Lahmen“, habe er in Firmen schon zu hören bekommen, erzählte Haug. „Integration ist eine Haltungsfrage und auch, aber nicht nur eine Finanzierungsfrage“ stellte er fest.